

# SPD bündelt Schlagkraft

## Arbeitskreise vereinbaren engere Zusammenarbeit

**KREIS STEINFURT.** Die SPD bündelt ihre Kräfte, um den Schwächeren der Gesellschaft eine stärkere Stimme zu geben. Auf dem Bundesparteitag der SPD in Berlin wurden entsprechende Verabredungen getroffen. Treibende Kräfte waren dabei mit Achim Tangelder und Reinhold Hemker auch zwei Sozialdemokraten aus dem Kreis Steinfurt.

Hemker ist stellv. Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60+. Tangelder übt die gleiche Funktion in der der AG Aktive Menschen mit Behinderungen aus. Beide Arbeitsgemeinschaften kooperieren

im Kreis Steinfurt bereits seit längerer Zeit auch mit der AG Migration und Vielfalt. Hemker und Tangelder führten jetzt beim Bundesparteitag viele Gespräche und erreichten dabei, dass künftig auf allen politischen Ebenen die Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften verstärkt wird.

„Das ist wichtig, denn unser aller gemeinsames Ziel ist es doch, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Toleranz und Teilhabe auch für schwächere Menschen selbstverständlich sind. Ganz gleich, ob es um einen behinderten Menschen im Rollstuhl geht, einen älteren

Menschen mit Rollator oder eine junge Familie, die sich keine Wohnung leisten kann“, sagt Tangelder.

Besonders im Wohnungswesen seien Ideen gefordert, betont Tangelder und nennt ein Beispiel. So lebten in Großstädten oft ältere Menschen in viel zu großen Wohnungen, obwohl sie sich eine kleinere, neue Wohnung wünschten. „Das können sie sich aber häufig gar nicht leisten, weil die Mieten viel höher sind als im Altbestand. Deshalb bleiben sie in ihren alten Wohnungen und blockieren damit ungewollt den Wohnraum, den eine mehrköpfige Familie dringend



**Achim Tangelder** (rechts) und Reinhold Hemker (2.v.r.) führten auf dem Bundesparteitag der SPD zahlreiche Gespräche, um die Schlagkraft der Arbeitsgemeinschaften zu bündeln.

braucht und nicht findet.“

Wichtig sei aus SPD-Sicht, dass nicht Schwache gegen noch Schwächere ausgespielt werden, mahnte Tangelder mit Blick auf die Diskussion um Wohnungsnot

und Flüchtlingszustrom. Nach Jahrzehnten, in denen sich der Staat aus dem Wohnungsbau zurückgezogen habe, gelt es nun, neue Wege im öffentlichen und sozialen Wohnungsbau zu finden.